



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 12.08.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 10.05.2022, 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	SPD Liste
Herr Malik Karaman	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe	SPD Liste
Frau Antonietta Abbruscato	SPD Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Vivian Berhane	Einzelbewerberin
Herr Luca Paglia	Italia Integra
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN
Herr Fardad Hooghoughi	Liberale Vielfalt
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Isabella Venturini	Volt
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Katja Hoyer	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hüseyin Azar	SPD-Liste
Herr Metin Özsinmaz	SPD-Liste

Beratende Mitglieder

Frau Dorothee Bodewein	
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Prölb	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration
Eli Abeke	Auf Vorschlag der SPD

Verwaltung

Bettina Baum	Amt für Integration und Vielfalt
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Kommunales Integrationszentrum
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Frau Ulrike Willms	Ausländeramt
Herr Andreas Vetter	Geschäftsführung Integrationsrat
Frau Neslihan Arikan	Schriftführerin

Der Vorsitzende, Herr Keltek, eröffnet die Sitzung und informiert, dass in der Koordinierungsrunde seitens der Ratsmitglieder das Anliegen geäußert wurde, bereits im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen über Themen des Integrationsrates unterrichtet zu werden.

Folgende Überlegungen aus der Vorsitzendenrunde zum Haushalt 2023/24 wurden den Ratsmitgliedern in der Koordinierungsrunde bereits angekündigt:

- Erhöhung der Förderung Interkultureller Zentren
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle Gesundheit und Migration im Gesundheitsamt
- Stärkung des Gesundheitszentrums für Migrant*innen
- Verbesserung der psychosozialen Betreuung von Geflüchteten
- Einrichtung und Begleitung eines städtischen Netzwerkes ‚Städtische Mitarbeitende mit internationaler Geschichte‘
- Einrichtung eines Mentoring Programms für städtische Mitarbeitende mit internationaler Geschichte
- Sicherstellung eines evtl. erforderlichen Übertrags der Finanzmittel in Höhe von 60.000 € für das Konzept „Willkommensbehörde Ausländeramt“
-

Herr Erkelenz regt an, den Ratsmitgliedern die Forderungen in schriftlicher Form zukommen zu lassen, so dass die Inhalte innerhalb der Fraktionen beraten werden können.

Frau Yazicioglu erinnert, dass auch im letzten Jahr die Forderungen des Integrationsrates im politischen Veränderungsnachweis berücksichtigt worden seien und bittet ebenfalls um Zusendung der Inhalte in schriftlicher Form.

Anschließend informiert Herr Keltek über die nachträglich aufgenommenen Tagesordnungspunkte.

TOP 5.7 Mitteilung Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln

TOP 5.8 Mitteilung Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt

TOP 6.1.1 Änderungsantrag - Hilfsangebote für Kriegsflüchtlinge unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnische Herkunft, Hautfarbe, Land und Region

TOP 8.1.1 Änderungsantrag zum Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinder-freundliche Kommune“ 0961/2022

TOP 8.4 Beschlussvorlage Verteilung der Fördermittel „Fördertopf für Aussiedler*innen und Vertriebene“

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bericht von Frau Willms / Ausländeramt zur aktuellen Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen

3.1 Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße
AN/0263/2021

Beantwortung der Anfrage 0263/2020 wilder Müll "Homarstraße" in Köln Kalk
0393/2022

3.2 Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"
AN/0291/2022

3.3 Vorgriffregelung zur Ampel-Bleiberechtsvereinbarungen
AN/0589/2022

Beantwortung einer Anfrage zu Vorgriffregelung zur Ampel-Bleiberechtsvereinbarungen (AN/0589/2022)
1283/2022

3.4 Anfrage zur Anwendung eines Urteils des europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungserlaubnis
AN/0614/2022

3.5 Anfrage zur Passbeschaffung & Verlängerung eines Aufenthaltstitels
AN/0616/2022

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Liste GOL zu "Passbeschaffung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels"
1473/2022

- 3.6 Anfrage zum kolonialen Erbe der Stadt Köln
AN/0617/2022

Beantwortung einer Anfrage zum kolonialen Erbe der Stadt Köln
1264/2022

- 3.7 Anfrage: Verloren gegangene Unterlagen bei der Ausländer:innenbehörde
AN/0618/2022

- 3.8 Anfrage - ÖPNV für Alle
AN/0619/2022

- 3.9 Anfrage: Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln
AN/1126/2021

4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Anfrage zum Verbleib von Finanzmitteln aus dem Integrationsbudget hier: Gesundheitswegweiser für Migrant*innen
AN/0797/2022

- 4.2 Anfrage zu Angeboten in den Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken /
Stand der Interkulturellen Öffnung des Angebotes
AN/0798/2022

- 4.3 Teilhabe und Integration von neu zugewanderten Schüler*innen an Kölner Schulen / Anfrage zur Beschulung
AN/0799/2022

Beantwortung der Anfrage AN/0799/2022 (Teilhabe und Integration von neu zugewanderten Schüler*innen an Kölner Schulen, Anfrage zur Beschulung) vom 29.03.2022
1372/2022

- 4.4 Anfrage zur Testphase im Programm der Seniorenberatung (hier: Sprachmittlung Bezirk Mülheim/ Bezirksrathaus Mülheim)
AN/0800/2022

Beantwortung der Anfrage zur Testphase im Programm der Seniorenberatung (hier: Sprachmittlung Bezirk Mülheim/Bezirksrathaus Mülheim)
1333/2022

4.5 Anfrage zum Status von Ukraine-Flüchtlingen aus Drittstaaten
AN/0880/2022

4.6 Erreichbarkeit der Kölner Ausländerbehörde und Kontaktdaten der Sachbearbeitung
AN/1007/2022

5 Mitteilungen

5.1 Einsatz von professioneller Sprach- und Kulturmittlung in AO SF-Verfahren in Kölner Schulen
0707/2022

5.2 Aktuelle Lage zur Ukraine Krise im Schulbereich
1007/2022

5.3 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln
1114/2022

5.4 Aufgabe der städtischen Flüchtlingsunterkunft Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf und Versetzung der modularen Gebäude zum städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, hier: Mitteilung über die weitere Verwendung des vierten Systembaus
0799/2022

5.5 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg - Haushaltsrechtliche Unterrichtung
0190/2022

5.6 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“/ Förderprojekt Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln hier: Ausweitung des Casemanagements für ukrainische Geflüchtete sowie Überführung des Teilhabemanagements in KIM
1002/2022

5.7 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022

5.8 Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt
1485/2022

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Ukraine: Hilfsangebote für Geflüchtete unabhängig vom Pass // Unterstützung ausländischer Studierender“
AN/0977/2022

- 6.1.1 Änderungsantrag - Hilfsangebote für Kriegsflüchtlinge unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnische Herkunft, Hautfarbe, Land und Region
AN/1020/2022

7 Berichte

- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

- 8.1 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“
0961/2022
- 8.1.1 Änderungsantrag zum Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“ 0961/2022
AN/1022/2022
- 8.2 Beschluss über die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den rechtsterroristischen Anschlag in der Probsteigasse
hier: erneute Zustimmung zu dem geänderten Text
0978/2022
- 8.3 'Integrationsbudget 2022' - Verteilung von Restmitteln für eine mehrsprachige Informationskampagne zu Gesundheitsthemen
1325/2022
- 8.4 Verteilung der Fördermittel „Fördertopf für Aussiedler*innen und Vertriebene“
1310/2022

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

Bericht von Frau Willms / Ausländeramt zur aktuellen Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

Die Verwaltung, Frau Willms, informiert, dass mittlerweile 4.500 elektronische Aufenthaltstitel bearbeitet und teilweise ausgegeben wurden, wöchentlich sollen weitere 500 Titel erstellt werden.

Die Landesaufgabe der Registrierung wurde an die Kommunen delegiert. Inzwischen hat das Ausländeramt eine ‚Registrierstraße‘ eingerichtet, in der 400 bis 500 Registrierungen pro Tag durchgeführt werden. Personen, die bis zum 2.5.22 einen Antrag in Köln gestellt haben, werden in Bonn durch eine Registrierstraße des Landes erfasst. Ziel sei, dass bis zum 31.8. alle Ukrainer*innen die in Köln vorgeschrieben haben, auch entsprechend den Vorgaben des Bundes registriert sind.

Ab dem 01.06.2022 wird es einen so genannten ‚Rechtskreiswechsel‘ geben, so dass Geflüchtete mit ukrainischer Nationalität grundsätzlich einen Anspruch nach SGB II bzw. SGB XII Leistungen haben. Das Job Center hat hierzu Informationsveranstaltungen geplant. Das Ausländeramt ist hier im engen Austausch mit dem Sozialamt und dem Job Center.

RM Frau Hoyer fragt, wie in der Praxis mit Geflüchteten ohne ukrainischen Pass umgegangen wird.

Frau Willms informiert, dass von 670 Personen, die ohne ukrainischen Pass eingereist sind, mehr als die Hälfte eine Papierfiktion erhalten und damit Anspruch auf SGB II Leistungen haben – zum Umgang mit den übrigen Personen gibt es aktuell noch keine rechtlichen Vorgaben.

RM Frau Yazicioglu fragt, in welchem Rahmen rechtliche Entscheidungen getroffen werden und ob unabhängig von studentischen Hilfskräften auch Personalzusatzung geplant sei.

Frau Willms informiert, dass bis März 2023 die Stellen für die Hotline verlängert worden seien. Im Bereich des Datenmanagements würden die Stellen nachbesetzt werden, um die Erreichbarkeit und die Datenbereinigung weiterhin sicherzustellen. Parallel würden die Geschäftsprozesse optimiert werden, so dass bis zum Ende des nächsten Jahres alle Bezirke für den Service besser aufgestellt sind.

Herr Prölß weist in Bezug auf Drittstaatsangehörige auf den § 24 AufenthG, die Massenzustromrichtlinie sowie die Länderschreiben des Bundesinnenministeriums hin, wo konkret Bezug auf die verschiedenen Personengruppen genommen werde, so dass eine Rechtsgrundlage gegeben sei.

Frau Willms weist hierbei auf die Beantwortung der Anfrage zum *Status von Ukraine-Geflüchteten aus Drittstaaten 1562/2022* hin.

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

Liegen nicht vor.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

Liegen nicht vor.

3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen

3.1 Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße AN/0263/2021

**Beantwortung der Anfrage 0263/2020 wilder Müll "Homarstraße" in Köln
Kalk
0393/2022**

IRM Herr Özküçük bittet die Verwaltung, die dritte Frage der Beantwortung noch einmal zu überarbeiten. Er möchte konkret wissen, ob ein Bußgeldverfahren eingeleitet wurde und wie viele Häuser davon betroffen waren.

3.2 Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen" AN/0291/2022

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

3.3 Vorgriffregelung zur Ampel-Bleiberechtsvereinbarungen AN/0589/2022

**Beantwortung einer Anfrage zu Vorgriffregelung zur Ampel-
Bleiberechtsvereinbarungen (AN/0589/2022)
1283/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Yazicioglu fragt nach, inwiefern es in Bezug auf das Rückkehrmanagement Ermessensspielräume gibt und ob nicht die auf Bundesebene zu erwartenden Änderungen abgewartet und dann berücksichtigt werden können.

3.4 Anfrage zur Anwendung eines Urteils des europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungserlaubnis AN/0614/2022

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

**3.5 Anfrage zur Passbeschaffung & Verlängerung eines Aufenthaltstitels
AN/0616/2022**

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Liste GOL zu "Passbeschaffung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels"
1473/2022**

IRM Frau Khan bittet um Information, ob der Taliban Staat in Afghanistan von Deutschland anerkannt sei und fragt nach, wie dann eine eventuell notwendige Passbeschaffung erfolgen kann.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.6 Anfrage zum kolonialen Erbe der Stadt Köln
AN/0617/2022**

**Beantwortung einer Anfrage zum kolonialen Erbe der Stadt Köln
1264/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.7 Anfrage: Verloren gegangene Unterlagen bei der Ausländer:innenbehörde
AN/0618/2022**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

**3.8 Anfrage - ÖPNV für Alle
AN/0619/2022**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

**3.9 Anfrage: Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln
AN/1126/2021**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**4.1 Anfrage zum Verbleib von Finanzmitteln aus dem Integrationsbudget hier: Gesundheitswegweiser für Migrant*innen
AN/0797/2022**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

**4.2 Anfrage zu Angeboten in den Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken /
Stand der Interkulturellen Öffnung des Angebotes
AN/0798/2022**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

**4.3 Teilhabe und Integration von neu zugewanderten Schüler*innen an Kölner Schulen / Anfrage zur Beschulung
AN/0799/2022**

**Beantwortung der Anfrage AN/0799/2022 (Teilhabe und Integration von neu zugewanderten Schüler*innen an Kölner Schulen, Anfrage zur Beschulung) vom 29.03.2022
1372/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.4 Anfrage zur Testphase im Programm der Seniorenberatung (hier: Sprachmittlung Bezirk Mülheim/ Bezirksrathaus Mülheim)
AN/0800/2022**

**Beantwortung der Anfrage zur Testphase im Programm der Seniorenberatung (hier: Sprachmittlung Bezirk Mülheim/Bezirksrathaus Mülheim)
1333/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.5 Anfrage zum Status von Ukraine-Flüchtlingen aus Drittstaaten
AN/0880/2022**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

**4.6 Erreichbarkeit der Kölner Ausländerbehörde und Kontaktdaten der Sachbearbeitung
AN/1007/2022**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

5 Mitteilungen

5.1 Einsatz von professioneller Sprach- und Kulturmittlung in AO SF-Verfahren in Kölner Schulen 0707/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Aktuelle Lage zur Ukraine Krise im Schulbereich 1007/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln 1114/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Aufgabe der städtischen Flüchtlingsunterkunft Weißdornweg 21, 21 a-c, 50996 Köln-Rondorf und Versetzung der modularen Gebäude zum städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, hier: Mitteilung über die weitere Verwendung des vierten Systembaus 0799/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg - Haushaltsrechtliche Unterrichtung 0190/2022

RM Frau Yazicioglu möchte wissen, ob die Wohnungen in den geplanten Wohngebäuden auch für Geflüchtete in Betracht kämen.

Die Verwaltung, Frau Baum, sagt zu, die Antwort zum Protokoll nachzureichen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“/ Förderprojekt Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln

**hier: Ausweitung des Casemanagements für ukrainische Geflüchtete
sowie Überführung des Teilhabemanagements in KIM
1002/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022**

Die Mitteilung wird in die nächste Sitzung vertagt.

**5.8 Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt
1485/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Ukraine: Hilfsangebote für Geflüchtete unabhängig vom Pass // Unterstützung ausländischer Studierender“
AN/0977/2022**

Beschluss:

Die Verwaltung stellt die Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Geflüchteter aus der Ukraine - unabhängig ihrer Herkunft und Nationalität – sicher und unterbindet strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlung.

Für Geflüchtete aus der Ukraine bedeutet dies insbesondere:

1. Die Stadt Köln stellt sicher, dass die Aufnahme- und Hilfsangebote allen Geflüchteten aus der Ukraine gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden – unabhängig von Pass oder Aufenthaltstitel.
2. In Bereichen, in denen für die Inanspruchnahme das Vorzeigen des Ukrainischen Passes notwendig ist, stellt die Stadt Köln eine gleichwertige Bescheinigung für alle aus der Ukraine fliehenden Personen aus.
3. Die Stadt Köln vertritt die Haltung, dass in Bezug auf die Unterstützung und Aufnahme von BiPoC-Personen an den Grenzen keine Unterschiede gemacht werden. Die Oberbürgermeisterin setzt sich dafür auch explizit beim Städtetag Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Städtetag ein.
4. Die Stadt Köln setzt sich dafür ein, dass die Universitäten und Hochschulen der Stadt ausländische Studierende aus der Ukraine schnell und unbürokratisch übernehmen und immatrikulieren können. Dazu werden die Ermessensspielräume auf der kommunalen Ebene für die schnelle Gewährung des notwendigen Aufenthaltstitels zugunsten der Betroffenen vollumfänglich ausgeschöpft.
5. Die Ausländerbehörde Köln stellt sicher:
- dass die ausländerrechtliche Zuständigkeit für Drittstaatsangehörige und Staatenlose aus der Ukraine von der Abteilung Rückkehrmanagement auf die bereits für ukrainische Staatsangehörige zuständige Abteilung Migration übergeht,

- dass Anträge insbesondere von anspruchsberechtigten Personen nach Art. 2 Abs. 2 und 3 des Durchführungsbeschlusses des EU-Rates vom 04.03.2022 auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG, entsprechend des 2. Länderschreibens des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 14.04.2022 proaktiv angenommen, den eingeräumten „erheblichen Ermessensspielraum“ (BMI), Seite 7) ausnutzend wohlwollend bearbeitet und Fiktionsbescheinigungen, die zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit berechtigen, ausgestellt werden.

6. Wir fordern, dass die o.g. Maßnahmen (Punkte 1 – 5) für **alle** Menschen gelten die fliehen mussten – unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Land und Religion.
Wir fordern außerdem, dass das Mehrklassensystem unter geflüchteten Menschen beendet wird.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung über die Punkte 1 – 5 des geänderten Antrages:

Einstimmig zugestimmt

Abstimmung über Punkt 6 des geänderten Antrages:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Enthaltung (FDP)

Abstimmung über den gesamten geänderten Antrag:

Mehrheitlich zugestimmt bei einer Enthaltung (FDP)

6.1.1 Änderungsantrag - Hilfsangebote für Kriegsflüchtlinge unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnische Herkunft, Hautfarbe, Land und Region AN/1020/2022

Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“ 0961/2022

8.1.1 Änderungsantrag zum Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“ 0961/2022 AN/1022/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den „2. Aktionsplan kinder- und jugendfreundliches Köln 2022- 2025“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit dessen Umsetzung ab Juli 2022.

Bei der Umsetzung des KJFG ist die Situation bzw. Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte stärker zu berücksichtigen.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert im neuen KJFP die Thematik "Empowerment von BiPOC und Rassismuskritische Ansätze" in allen Bereichen der Jugendförderung zu verankern und als eine Maßnahme eine Fachberatungsstelle bei einem migrantischen Jugendzentrum einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dem geänderten Änderungsantrag zugestimmt

Diskussionsgrundlage des Beschlusses war ein [Änderungsantrag](#) des FachAK 3

8.2 Beschluss über die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den rechtsterroristischen Anschlag in der Probsteigasse hier: erneute Zustimmung zu dem geänderten Text 0978/2022

Beschluss:

Der Rat

beschließt die Anbringung einer Gedenktafel mit folgendem mit der Opferfamilie abgestimmten Text zur Erinnerung an den rechtsterroristischen Anschlag in der Probsteigasse für 10.000 Euro und beauftragt die Verwaltung, dort die Gedenktafel anzubringen:

„So viele Leben, die zerstört wurden. Wofür? Was hat es euch gebracht? Wir hingegen können uns mit Stolz hinstellen und sagen, dass wir trotz allem, was ihr uns angetan habt, weitergemacht haben. Wir übernehmen Verantwortung für unser Leben.“

Eine Überlebende des NSU-Anschlags in der Kölner Probsteigasse

Zur Erinnerung an den NSU-Anschlag in der Probsteigasse am 19. Januar 2001

Den Opfern rassistischer Gewalt gewidmet

Am 19. Januar 2001 explodierte hier im Geschäft einer iranischstämmigen Familie eine Bombe. Die damals 19-jährige Tochter überlebte den Anschlag nur schwerverletzt. Das Geschäft wurde völlig zerstört. Der Anschlag war Teil der Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, der aus rassistischer Motivation deutschlandweit Bombenanschläge verübte und Menschen mit internationaler Familiengeschichte ermordete. Mindestens zehn Menschen fielen diesem neonazistischen Netzwerk in den Jahren von 2000 bis 2007 zum Opfer.

Der Anschlag in der Probsteigasse 2001 war das erste von zwei NSU-Attentaten in Köln. Am 9. Juni 2004 verübte der NSU einen Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße. Ein rassistischer Hintergrund wurde damals ausgeschlossen. Stattdessen wurde bei den polizeilichen Ermittlungen zur Mord- und Anschlagsserie des NSU vornehmlich im Umfeld der Betroffenen ermittelt. So wurden die Opfer in der öffentlichen Wahrnehmung zu Tätern. Erst mit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 wurden die Mordopfer, die Überlebenden der Anschläge und ihr Umfeld als Opfer rassistischer Gewalt anerkannt.

Wir sind bestürzt und beschämt, dass wir diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt haben, was sie waren: Morde und Mordversuche aus rassistischer Ideologie!

Wir stehen ein für eine gleichberechtigte, solidarische Gesellschaft – gegen Rassismus und Diskriminierung.

Der Rat der Stadt Köln

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.3 'Integrationsbudget 2022' - Verteilung von Restmitteln für eine mehrsprachige Informationskampagne zu Gesundheitsthemen
1325/2022**

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Jahr 2022 die Verwendung der ursprünglich für den Gesundheitswegweiser vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 8.476 € für eine mehrsprachige Informationskampagne in den Stadtbezirken zu unterschiedlichen Gesundheitsthemen.

Die Auszahlung erfolgt als Zuschuss an den Caritasverband Köln e.V. als koordinierende Stelle.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 8.476 € brutto wurden im Haushaltsplan 2022 im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagt und stehen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.4 Verteilung der Fördermittel „Fördertopf für Aussiedler*innen und Vertriebene“
1310/2022**

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Köln beschließt, die im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises zugesetzten Mittel für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 50.000 Euro nicht – wie vorgesehen – als Projektfördergelder „Aussiedler*innen und Vertriebene“ zu nutzen.

Stattdessen werden diese den nachfolgenden Interkulturellen Zentren zur *Sicherstellung der vor Ort zwingend erforderlichen umfassenden Beratung und Unterstützung der vor dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Menschen* zur Verfügung gestellt und freigegeben.

Dabei wird der Gesamtbetrag von 50.000 Euro wie folgt aufgeteilt:

Jeweils 14.000 Euro erhalten

- MAGNET e.V. und

- Weltmusik Klezmer und Ästhetik Akademie e.V.

Jeweils 2.000 Euro erhalten

- Begegnungszentrum Chorweiler,
- Begegnungszentrum Porz,
- Caritasverband für die Stadt Köln e.V. – IKZ Kalk,
- Caritasverband für die Stadt Köln e.V. – IKZ Meschenich,
- Familienwelt e.V.,
- Integrationshaus e.V.,
- interkultur e.V.,
- ISS – Kinder – und Jugendhilfe gGmbH,
- Kölner Appell gegen Rassismus e.V.,
- PHOENIX Köln e.V. und
- Solibund e.V..

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 50.000 Euro sind im Haushaltsplan 2022 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt und stehen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

(Frau Khan hat an der Abstimmung wegen Befangenheit nicht mitgewirkt)

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Esen informiert, dass ihn derzeit viele Beschwerden bezgl. Der Inrechnungstellung amtlicher Servicegebühren in völlig unterschiedlicher Höhe für gleiche Leistungen erreichen würden. Hier würden z.B. das Einwohnermeldeamt und die Ausländerbehörde genannt. Er bittet um Beantwortung, ob dies so sei.

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen